



Heiner Barz (Hrsg.)

Bildung und Schule – Elternstudie 2019

Einstellungen
von Eltern in Deutschland
zur Schulpolitik

WAXMANN

Heiner Barz (Hrsg.)

Bildung und Schule – Elternstudie 2019

**Einstellungen von Eltern
in Deutschland zur Schulpolitik**



Waxmann 2019
Münster • New York

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Print-ISBN 978-3-8309-4050-0
E-Book-ISBN 978-3-8309-9050-5

© Waxmann Verlag GmbH, 2019
www.waxmann.com
info@waxmann.com

Umschlaggestaltung: Anne Breitenbach, Münster
Umschlagfoto: © Syda Productions | shutterstock.com
Satz: Stoddart Satz- und Layoutservice, Münster
Druck: mediaprint solutions GmbH, Paderborn

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier,
säurefrei gemäß ISO 9706

Printed in Germany

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck, auch auszugsweise, verboten. Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Inhalt

Einführung

- 1** *Henning Kullak-Ublick*
Vorwort 7
- 2** *Ellen Niemann*
Geleitwort..... 11
- 3** *Klaus-Peter Schöppner*
Bildung und Schule – Elternstudie 2019
Methodische Anlage und Stichprobe..... 13

Ergebnisse

- 4** *Heiner Barz*
Einstellungen von Eltern in Deutschland zur Schulpolitik
Kernaussagen der Studie „Bildung und Schule – Elternstudie 2019“ 17
- 5** *Nele Auschra*
Zum Wandel elterlicher Erwartungen an die Schule 41
- 6** *Heiner Barz*
Elternkooperation aus Sicht der Bildungsforschung 55
- 7** *Frederik Tetzlaff/Paula Bleckmann*
Digitalisierung und Pädagogik – weit mehr als
nur „Tablets im Unterricht“ 69
- 8** *Paula Bleckmann/Valentina Nartschenko*
Kampf um die Medienhoheit im Kinderzimmer –
Schule als Teil der Lösung oder als Teil des Problems? 83
- 9** *Thomas Maschke*
Differenzierter Elternwille – schulische Inklusion zwischen
Wunsch und Wirklichkeit 95

10	<i>Helmut E. Klein</i> Eltern – die Zahlmeister der Bildungsrepublik?	107
11	<i>Mathias Maurer</i> Der Bildungsgutschein – Zeit für eine Renaissance?	123

Praxisperspektiven

12	<i>Franz Glaw</i> „Wie unfair, dass wir Pause machen müssen!“ Aktive Medienarbeit – Beispiele aus der Waldorfschule	137
13	<i>Magdalena Schäfer</i> Elternrecht, Schulrecht, Verfassungsrecht – Kontroversen, Missverständnisse, Lösungsansätze	149
14	<i>Regine Basfeld</i> Wie Lehrer*innen Eltern erleben	159
15	<i>Henning Kullak-Ublick</i> Sieben Kernforderungen an die Bildungspolitik.....	169

Anhang

Abbildungsverzeichnis	175
Tabellenverzeichnis.....	175
Über die Autor*innen	177

1 Vorwort

„Welche Regierung die Beste sey? Diejenige,
die uns lehrt, uns selbst zu regieren!“
Johann Wolfgang von Goethe

Im Jahr 2000 rüttelte der „PISA-Schock“ die deutsche Bildungslandschaft kräftig durcheinander. Deutschland fand sich in diesem neu eingeführten Ranking-System ziemlich abgeschlagen hinter seinen nördlichen Nachbarn wieder, was umso mehr schmerzte, als es niemand erwartet hatte. Die PISA-Studie läutete das Ende einer Epoche ein, in der „der Staat“ weitgehend unbehelligt festlegen konnte, was und wie in der Schule gelehrt werden sollte und setzte einen wachsenden Einfluss der Wirtschaft auf das Schulwesen in Bewegung – eine Entwicklung, die bis heute anhält und durchaus im Sinne der OECD und der von ihr initiierten PISA-Studien ist. Zunächst aber suchten unsere Bildungspolitik*innen nach dem Zaubertrank, der ausgerechnet Finnland auf den ersten Platz der Rankingliste gespült hatte. Eine hektische Reisetätigkeit in den hohen Norden setzte ein und in der Tat gab es da einiges zu bestaunen: Nicht nur war der Lehrerberuf einer der angesehensten im Land, auch die Schulen, insbesondere die Grundschulen, waren wesentlich besser ausgestattet mit zwei Lehrkräften in jeder Klasse, Sozialpädagog*innen, weitläufigen Begegnungsräumen in schönen, für den ganzen Tag ausgelegten Schulgebäuden und vielem mehr, wovon man in Deutschland nur träumen konnte. Eine enge Zusammenarbeit mit den Eltern und der Gemeinde war nicht die Ausnahme, sondern eine Selbstverständlichkeit. Prüfungen wurden modular abgelegt: Wer in einem Fach durchfiel, musste nur dieses Fach und nicht die ganze Abschlussprüfung wiederholen. Es gab Mindeststandards, die das Recht eines jeden Kindes auf zusätzliche Förderung begründeten, wenn es dieser Hilfe bedurfte. Bei allem Staunen entging den meisten deutschen Bildungspolitik*innen allerdings die vielleicht wichtigste Besonderheit: Die finnischen Schulen verfügen über ein sehr hohes Maß an pädagogischer und personeller Autonomie, die den Finnen so heilig ist, dass sie alle, also auch die nicht staatlichen, Schulen finanziell mit den gleichen Mitteln wie die staatlichen Schulen ausstatten, um Familien aus allen Einkommensverhältnissen einen ungehinderten Zugang zu diesen Schulen zu ermöglichen. Nicht der Träger zählt bei der Finanzierung, sondern die Zahl der Schüler*innen. Ein vielfältiges schulisches Angebot wird von allen begrüßt.

Was davon in Deutschland ankam, waren neben einigen durchaus sinnvollen Impulsen vor allem die Bildungsstandards, allerdings nicht als *Mindest*-, sondern einen mittleren Durchschnitt definierende *Regel*standards. Die von der Kultusministerkonferenz (KMK) eigens dafür eingesetzte Enquetekommission hielt diese zwar weitgehend für pädagogischen Unsinn, gab dann aber trotzdem Empfehlungen an die KMK, wie man sie den Lehrkräften und der Öffentlichkeit verkaufen könnte. Das neue Schlagwort hieß „Output“-Orientierung: Nicht mehr detaillierte methodische Vorgaben, sondern viele Wege sollten zum Ziel, dem „Output“, führen.

Nach 200 Jahren staatlicher Hoheit im Schulwesen traute aber niemand dem Braten so recht und so wurden nationale Bildungsstandards eingeführt, die regelmäßig die „Kompetenzen“ der Schüler*innen evaluieren sollen. De facto wurde damit ein heimlicher Lehrplan implementiert und das in den USA schon lange bekannte „Teaching for the Test“ setzte auch in Deutschland ein.

Der große Aufbruch, den Alt-Bundespräsident Roman Herzog 1997 in seiner berühmten „Ruckrede“ mit den Worten *„Schaffen wir ein Bildungswesen, das Leistung fördert, keinen ausschließt, Freude am Lernen vermittelt und selbst als lernendes System kreativ und entwicklungsfähig ist. Setzen wir neue Kräfte frei, indem wir bürokratische Fesseln sprengen. Entlassen wir unser Bildungssystem in die Freiheit!“* ausrief, reduzierte sich auf zentrale Abschlussprüfungen („Output“), Standards und einen missglückten, weil politisch – statt pädagogisch – gesteuerten Start in die Inklusion.

Aber PISA weckte bei den Eltern ein gesteigertes Bewusstsein dafür, dass Schule, die bis dato überwiegend als gegebene Tatsache, mit der man halt leben musste, wahrgenommen worden war, keineswegs außerhalb ihrer eigenen Verantwortung stand, sondern dass sie ein Mitspracherecht und sogar die Wahl hatten, sich für eine Schule in freier Trägerschaft zu entscheiden. Immer mehr Eltern entscheiden sich, ihre Kinder einer unabhängigen Schule anzuvertrauen. Heute stehen wir durch diese Abstimmung mit den Füßen mitten in einem Paradigmenwechsel, der Schule immer mehr zu einer Angelegenheit der Zivilgesellschaft werden lässt.

Der Bund der Freien Waldorfschulen (BdFWS) setzt sich seit seiner Gründung dafür ein, dass der Staat seine Aufsichtspflicht für das Schulwesen als Auftrag versteht, Kindern aus allen Einkommensverhältnissen den Zugang zu der Schule ihrer oder der Wahl ihrer Eltern zu ermöglichen, was eine trägerunabhängige Finanzierung der Schulplätze voraussetzt. Damit soll pädagogische Initiative gefördert werden, auch und gerade in sozioökonomisch benachteiligten Regionen oder Stadtteilen, was sich positiv sowohl auf das Lernklima als auch auf die Weiterentwicklung von Schule als Lebensraum, der den Kindern und Jugendlichen ein großes Spektrum an Erfahrungen erschließen kann, auswirken wird.

In diesem Jahr feiern die Waldorfschulen das hundertste Jubiläum einer pädagogischen Idee, die sich inzwischen über die ganze Welt verbreitet hat. Der Vorstand des BdFWS hat das zum Anlass genommen, die vorliegende Elternstudie durchzuführen, mit der wir den Bedürfnissen, Fragen, Wünschen und Urteilen der Eltern eine repräsentative Basis geben wollen. Unsere Zeit fordert dringend pädagogische Antworten auf eine Fülle neuer Herausforderungen, die nicht weniger dringend auf die Zusammenarbeit von Pädagog*innen und Eltern angewiesen sind.

Die Ergebnisse der Studie sprechen eine deutliche Sprache. Nicht nur würde die Mehrheit der Eltern ihre Kinder einer Schule in freier Trägerschaft anvertrauen, wenn diese kein Schulgeld verlangen müsste – besonders signifikant ist, dass insbesondere der ganzheitliche Ansatz, nicht auf Abschlüsse oder für Noten lernen zu müssen, sondern ein viel breiteres Spektrum an Fähigkeiten auf künstlerischem, praktischen und handwerklichen Gebieten entfalten zu können, ein wesentliches Motiv für diese Haltung ist. Wie relevant das sogar für den Umgang mit digitalen Medien ist, zeigen die Antworten auf die Frage, wie die Eltern zu einem Verbot von Smartphones auf dem Schulgelände stehen.

Ein großer Dank geht an die Autor*innen dieses Bandes, insbesondere an dessen Herausgeber Prof. Heiner Barz von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf,

dessen Unabhängigkeit zu jeder Zeit das oberste Gebot war. Mentefactum hat die Befragung in Kooperation mit ARIS Umfrageforschung unter der äußerst kundigen Leitung von Klaus-Peter Schöppner durchgeführt, der uns mit freundlichem Nachdruck auf den Weg einer präzisen und statistisch relevanten Umfrage geführt hat. Volker Clément von MasterMedia stellte uns ebenfalls seine Erfahrung mit groß angelegten Elternbefragungen zur Verfügung.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre und unseren Schulen, dass die Botschaften der Eltern gehört werden. Roman Herzogs Aufruf hat an Gültigkeit so wenig eingebüßt wie der eingangs zitierte Satz Johann Wolfgang von Goethes.

Henning Kullak-Ublick
Vorstand Bund der Freien Waldorfschulen e. V.

Hamburg, Juli 2019

2 Geleitwort

Wenn Eltern sich für eine Waldorfschule entscheiden, dann kommen sie mit unterschiedlichen Erwartungen und Hoffnungen in die Schulgemeinschaften. In der Regel ist da zunächst einmal ein „gutes Gefühl“ der Schule und der Pädagogik gegenüber, welches hinführt zu dem Wunsch, das Kind möge eine wohlwollende, die Individualität des Kindes berücksichtigende Lernumgebung vorfinden.

In einer Zeit, die von Hektik, Informationsflut und permanentem Druck hinsichtlich Erziehung und Bildung geprägt ist, ist die Sehnsucht der Eltern groß, ihren Kindern ein schulisches Umfeld zu bieten, das ihnen erlaubt, sich in ihrem Tempo und ihrer Altersstufe gemäß zu entwickeln. Dass nahezu alle befragten Eltern der vorliegenden Studie besonderen Wert auf die Persönlichkeitsentwicklung legen, überrascht hier kaum, beginnt eine Leistungsnormierung doch schon im Kindergarten, wenn Testbögen die Fähigkeiten der Kinder bereits vor der Einschulung bewerten sollen. Ebenso ist die in der Studie aufgeführte Betonung der künstlerisch-musischen Ausbildung ein Bereich, der zunehmend in den elterlichen Fokus gerät, da sich die besondere Bedeutung für die kindliche Entwicklung mittlerweile herumgesprochen hat.

Eltern stehen bei der Schulwahl für ihre Kinder unter großem Druck. Niemand kann es ihnen verübeln, wenn sie bereits bei der Einschulung nach den Schulabschlüssen fragen, solange in der Gesellschaft der Akademikergrad favorisiert und Abiturient*innen eine größere mediale Aufmerksamkeit erhalten als junge Menschen, die einen anderen Weg zur Berufswahl gehen.

Gleichzeitig sollen sich die Kinder frei entfalten, ihren für sich selbst bestimmten Weg finden und nach der Schule urteilsfähig in die Welt hinaus gehen. Ein Spagat, dem die Waldorfschulen in besonderem Maße ausgesetzt sind und der Eltern und Lehrer*innen gleichermaßen abverlangt, sich in der Frage der Priorität zu verständigen und in guter Kommunikation zu bleiben.

In der 2018 veröffentlichten sog. WEiDe-Studie, einer Befragung der Waldorfeltern in Deutschland, waren „angstfreies Lernen“ und „menschliches Miteinander“ als zwei der als äußerst wichtig eingestuften Merkmale genannt worden. Ein Ergebnis, welches man auch aus der vorliegenden Studie herauslesen kann und das zeigt, dass Eltern trotz des Druckes, der durch wirtschaftliche und politische Interessen ausgeübt wird, die Persönlichkeitsentwicklung ihrer Kinder und ein gutes, inneres Gleichgewicht ein wichtiges Anliegen ist.

Das freie Schulwesen steht nicht nur in Deutschland unter erheblichem Druck. Zur Berliner Konferenz Europäischer Waldorfeltern, die anlässlich des hundertsten Jubiläums der ersten Waldorfschule im Mai 2019 stattfand, haben Teilnehmer*innen aus 15 europäischen Ländern von zunehmenden Inspektionen durch staatliche Aufsichtsbehörden berichtet, die, anstatt die von Eltern gewollten pädagogischen Ansätze

kennenzulernen und zu unterstützen, oft eine Schließung der Einrichtung als Ziel ins Auge fassen.

Die meisten deutschen Waldorfschulen haben einen starken Zulauf, sodass es oft nicht möglich ist, für alle Kinder einen Schulplatz anzubieten. Dazu kommt, dass die Schulen durch die Benachteiligung in der staatlichen finanziellen Bezuschussung auf Elterngelder angewiesen sind, um einen der Pädagogik entsprechenden Schulbetrieb zu gewährleisten und den Pädagog*innen ein angemessenes Gehalt zu zahlen.

Der Wunsch nach einer Pädagogik, die sich ganz am Kind orientiert und gleichzeitig so auf das Leben vorbereitet, dass sich die jungen Menschen in sich gestärkt und umfassend gebildet in die Welt hinausbegeben können, ist eine Herzensangelegenheit vieler Eltern. Aber auch ein Auftrag an unsere Gesellschaft, Prioritäten zu überdenken und Räume für unterschiedliche Bildungsansätze zu schaffen und zu schützen.

Ellen Niemann

Mitglied im Landeselternrat der Waldorfschulen Berlin-Brandenburgs,
der Bundeselternkonferenz des Bundes der Freien Waldorfschulen
und des European Network of Steiner Waldorf Parents

Berlin, Juli 2019

3 Bildung und Schule – Elternstudie 2019 Methodische Anlage und Stichprobe

Dieses Kapitel widmet sich der methodischen Anlage der Elternstudie 2019. Dabei gehen wir auf die Grundgesamtheit, die Auswahl der Befragten sowie die Durchführung der Untersuchung ein. Im Anschluss beschreiben wir die Stichprobe, vor allem die soziodemografischen Merkmale der befragten Elternteile.

Grundgesamtheit

Die Grundgesamtheit bilden Eltern von schulpflichtigen Kindern im Alter bis zu 18 Jahren in Privathaushalten der Bundesrepublik Deutschland. Folglich kann davon ausgegangen werden, dass die befragten Eltern über eigene Erfahrungen mit Schule und dem Schulsystem verfügen. Aufgrund der Anlage der Erhebung als Telefonbefragung umfasst die Auswahlgesamtheit, mit der die Grundgesamtheit praktisch abgebildet wird, Privathaushalte mit mindestens einem telefonischen Festnetzanschluss.

Stichprobegröße

Für diese Studie wurden insgesamt 2.064 Interviews durchgeführt.

Disproportionale Studienanlage

Eine wesentliche Aufgabe der Studie war es, neben der repräsentativen Datenermittlung auch repräsentative Meinungsverteilungen für einzelne Bundesländern resp. Bundeslandcluster zu erheben. Das geschah mithilfe einer disproportionalen Studienanlage: Pro Bundesland (cluster) wurde in Abhängigkeit von der Einwohneranzahl eine Fallzahl a priori zwischen 150 und 250 Interviews festgelegt. Das hat zwei Vorteile: Zum einen erhöht dieser disproportionale Ansatz die regionale Aussagefähigkeit der Befunde. Durch eine anschließende Faktorgewichtung (Soll:Ist) wurde die Datei zudem in eine bundesweit repräsentative umgewandelt. Die ausgewiesenen Ergebnisse sind also zielgruppenrepräsentativ. Die genaue Vorgehensweise ist der Tabelle 3.1 zu entnehmen.

Auswahlverfahren

Die Telefonnummern wurden per „Random Last Two Digits – RL(2)D-Verfahren“ in Anlehnung an das sogenannte Gabler-Häder-Verfahren generiert. Dabei werden aus den verfügbaren Telefonnummern durch „Abschneiden“ der letzten Stelle zunächst Nummernstämme gebildet. Danach wird das Universum der möglichen Telefonnummern für diese Stämme generiert, indem jeder vorkommende Nummernstamm mit allen Ziffernkombinationen ergänzt wird. Aus diesem Universum wird schließlich eine Zufallsstichprobe proportional zur Haushaltsverteilung nach Regierungsbezirken und Gemeindegrößen gezogen. Die Auswahlgrundlage bildet das ADM-Master Sample für generierte Telefonnummern.

Innerhalb der Haushalte wurde im nächsten Schritt festgestellt, ob ein Kind entsprechend unserer Zieldefinition zum Haushalt gehörte. Dies ist etwa bei jedem sechsten Haushalt der Fall. Im negativen Fall wurde das Interview beendet. Im positiven Fall jeweils ein Elternteil etwa im Verhältnis ein Drittel Väter zu zwei Drittel Mütter befragt.

Durchführung der Untersuchung

Die Telefonbefragung wurde zentral durch ARIS, Hamburg, mittels computergestützter Telefoninterviews (CATI) durchgeführt. Die allgemeinen Arbeitsanweisungen, nach denen alle Interviewer*innen verfahren, regelten die einheitliche Durchführung der Interviews. Deren Kontrolle erfolgte direkt durch den Einsatzleiter im Telefonstudio. Der Fragebogen war als Protokollgrundlage in Bezug auf Reihenfolge und Wortlaut der Fragen für die Interviewer*innen verbindlich.

Befragungszeitraum

07.01.–08.02.2019

Gewichtung

Die Stichprobe wurde auf Grundlage verfügbarer Bevölkerungsstatistiken gewichtet. Folglich sind die Untersuchungsergebnisse repräsentativ und können im Rahmen der statistischen Fehlertoleranzen auf die Grundgesamtheit verallgemeinert werden. Bei einer Stichprobe von ca. 2.000 Befragten und einer Sicherheitswahrscheinlichkeit von 95 % betragen die statistischen Fehlertoleranzen zwischen 1,1 und 2,5 %.

Struktur der Stichprobe

Die Tabelle 3.2 zeigt, wie sich die Stichprobe hinsichtlich der wichtigsten Merkmale zusammensetzt.

Literatur

Bundeszentrale für politische Bildung (2016). *Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Hrsg.: Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), in Zusammenarbeit mit: Das sozio-oekonomische Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Bonn.

Tab. 3.1 Datengewichtung

Region	Schleswig-Holstein/Mecklenburg Vorpommern	Hamburg	Bremen/Niedersachsen	NRW	Hessen	Rheinland-Pfalz/Saarland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin/Brandenburg	Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt
Tatsächliche Fallzahl	150	151	250	251	202	152	252	252	201	203
Repr. Fallzahl	111	43	216	456	161	126	283	326	144	198
Faktor Soll/Ist	0,74	0,27	0,87	1,82	0,8	0,83	1,12	1,29	0,72	0,98

Tab. 3.2 Soziodemografische Merkmale der befragten Elternteile und Angaben zur Schulform, die das jeweils jüngste schulpflichtige Kind besucht

Merkmale	absolut	Prozent ^{a)}
Alter	N=2.064	=100 %
bis 29 Jahre	79	4 %
30 bis 44 Jahre	1.185	57 %
45 Jahre und älter	800	39 %
Geschlecht	N=2.064	=100 %
weiblich	1.467	71 %
männlich	597	29 %
Bildungsabschluss	N=2.064	=100 %
Volks-/Hauptschule ohne Abschluss	78	4 %
Volks-/Hauptschule mit Abschluss	510	25 %
mittlerer Bildungsabschluss	734	36 %
Abitur, Uni	615	30 %
keine Angabe	128	6 %
Familienstand	N=2.064	=100 %
verheiratet, lebe mit Partner*in zusammen	1.471	71 %
verheiratet, lebe vom/n Partner*in getrennt	32	2 %
unverheiratet, lebe mit Partner*in	211	10 %
ledig	47	2 %
geschieden	212	10 %
verwitwet	16	1 %
keine Angaben	74	4 %
Befragte*r und Eltern außerhalb Deutschlands geboren	N=2.064	=100 %
ja, alle nicht in Deutschland geboren	237	11 %
wenigstens 1 Elternteil nicht, ich aber in Deutschland geboren	343	17 %
alle in Deutschland geboren	1.438	70 %
keine Angaben	46	2 %
Schulform des jüngsten Kindes	N=2.064	=100 %
eine staatliche, kommunale Schule	1.775	86 %
eine konfessionelle Schule	160	8 %
eine Schule in freier Trägerschaft	97	5 %
keine Angaben	32	2 %

^{a)} Aufgrund von Rundungsdifferenzen sind Abweichungen von 100 % möglich..

4 Einstellungen von Eltern in Deutschland zur Schulpolitik

Kernaussagen der Studie „Bildung und Schule – Elternstudie 2019“

Im Jahr 2019 jährt sich die Gründung der ersten Waldorfschule in Stuttgart zum hundertsten Mal. Der Bund der Freien Waldorfschulen in Deutschland hat dieses Jubiläum zum Anlass genommen, eine große Bildungsstudie in Auftrag zu geben. Thema sind die Einstellungen und Erwartungen an die Schule und die Bewertungen der Bildungspolitik. Befragt wurden im Januar und Februar 2019 telefonisch 2.064 Eltern mit mindestens einem schulpflichtigen Kind.¹

Die Studie bestätigt den hohen Stellenwert, den das Streben nach einer guten Schulbildung heute fast durchgängig in allen gesellschaftlichen Gruppen hat. Selbst Eltern, die einen niedrigen Schulabschluss besitzen, halten eine gute Schulbildung mit 92 % für „sehr wichtig.“ Bei den Eltern mit einem hohen Bildungsabschluss sind es sogar 96 %. Dass eine zeitgemäße Konzeption des Rechts auf Bildung auch kulturelle und musische Bildung einschließen sollte, ist dabei ebenso für die allermeisten Eltern selbstverständlich: 91 % bejahen das entsprechende Item. Allen möglicherweise in der Schulkarriere auftauchenden Problemen und Hindernissen zum Trotz scheint der Glaube an die Versprechen der Bildungsgesellschaft heute ubiquitär und nirgendwo angezweifelt. Nicht der gesellschaftliche Status des familiären Umfelds oder der spezifische Habitus des sozialen Milieus, in dem man aufwächst, werden als zentrale Voraussetzung für persönliches Glück und beruflichen Erfolg angesehen – sondern in erster Linie ein hoher Bildungsabschluss.²

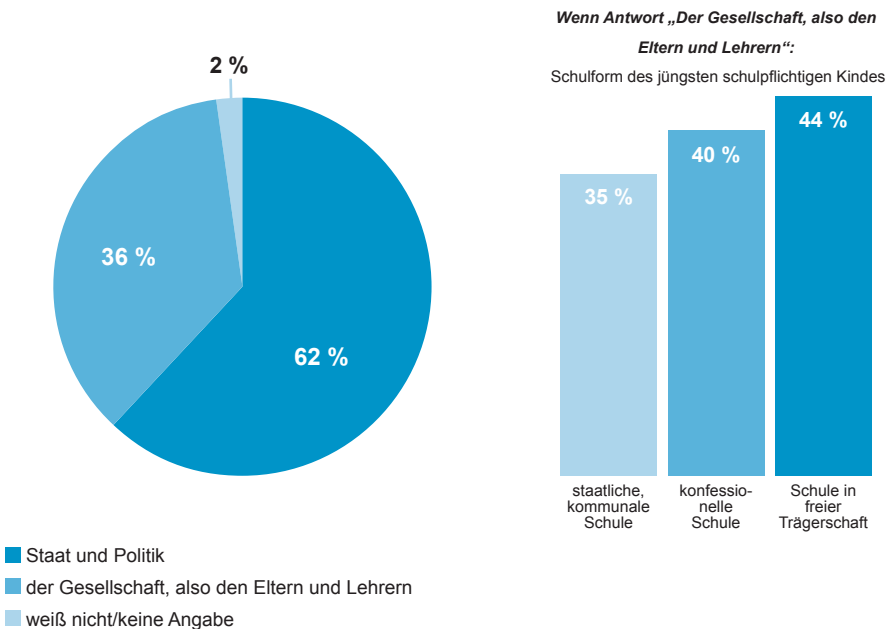
Dazu passt, dass man für Bildung nie genug Geld ausgeben kann – zumindest solange es das Geld des Staates ist. Je älter die eigenen Kinder sind, desto eher kritisieren Eltern, dass der Staat zu wenig für die Bildung „unserer“ Kinder ausgibt. Im Durchschnitt sind es 89 % der Eltern, die diese Ansicht teilen. Dass die Verantwortung für das Bildungswesen in erster Linie beim Staat und nicht etwa bei den Akteur*innen der Zivilgesellschaft, also z. B. bei Eltern und Lehrer*innen liegt,

- 1 Mit der Konzeption, Koordination und Kommunikation der Studie wurde die Hamburger Agentur für Öffentlichkeitsarbeit MasterMedia, mit der Durchführung der Befragung das Umfrage- und Beratungsinstitut Mentefactum, Bielefeld, beauftragt. Für die Analyse der Ergebnisse der Befragung wurde der Autor dieser zusammenfassenden Darstellung erst hinzugezogen, nachdem die Fragebogenkonzeption und die Feldarbeit weitestgehend abgeschlossen waren. Für die Interpretation und Rahmung zentraler Aspekte der Erhebung wie elterliche Erwartungen an Schule, Finanzierung von Bildung, Fragen des Schulrechts oder der Medienpädagogik sowie kontroverse Themen wie Digitalisierung oder Inklusion wurde ein interdisziplinäres Expert*innenteam zusammengestellt. Die Einzelbeiträge im vorliegenden Sammelband werden von den jeweiligen Autor*innen verantwortet und geben nicht zwingend die Einschätzungen des Herausgebers oder die des Bundes der Freien Waldorfschulen wieder.
- 2 Ob sich hierin eine Widerlegung der klassentheoretischen und folglich fortschrittspessimistischen Thesen eines Pierre Bourdieu identifizieren lässt – oder nicht vielmehr die Bestätigung der auch in Deutschland einflussreichen Analysen zur „Illusion der Chancengleichheit“ (Bourdieu & Passeron, 1971); diese Frage kann hier nur angedeutet, nicht entschieden werden.

bejahen 62 % der Befragten – allerdings verdient vielleicht der Befund die größere Beachtung, der lautet, dass immerhin (schon?!) 36 % hier nicht an erster Stelle eine Aufgabe des Staates, sondern der Betroffenen und Beteiligten sehen. Denn gerade in der deutschen Situation, in der die obrigkeitsstaatliche Tradition stark verwurzelt ist, ist die Zuweisung von Verantwortung an die Menschen vor Ort durchaus keine Selbstverständlichkeit. Man kann diesen Befund so lesen, dass das Subsidiaritätsprinzip, also die Überzeugung, dass übergeordnete staatliche Instanzen nur dann eingreifen sollten, wenn die unteren Ebenen der direkt Involvierten keine eigenständige, selbstbestimmte Lösung zu Wege bringen, durchaus eine relevante Anhängerschaft hat. Dass diese Anhängerschaft unter denjenigen Eltern, deren Kinder auf eine konfessionelle oder freie Schule gehen mit 40 % bzw. 44 % noch einmal stärker ausgeprägt ist, als bei den Eltern, deren Kind eine staatliche Schule besucht, ist wenig überraschend (vgl. Abb. 4.1).

Aus der Sicht mancher Befürworter*innen eines freien Schulwesens ist der Wettbewerb zwischen den Schulen eine wichtige Voraussetzung für ein leistungsfähiges Bildungssystem (vgl. z.B. Wößmann, 2011). Allerdings ist natürlich der liberale

Abb. 4.1 Verantwortungsbereich der Schule: Staat oder Zivilgesellschaft



Frage: Ist für Sie die Schule, also die Lehrinhalte und Schulformen, eher eine Aufgabe von:
N = 2.064 Befragte